

Der Niedergang der US-Weltordnung ist unausweichlich



Wladimir Danilow

Im Gegensatz zu Russland, China und vielen anderen Ländern, die eine auf dem Völkerrecht und der UN-Charta basierende Weltordnung bevorzugen, wurde seit Anfang der 1990er Jahre, d.h. nach der Auflösung der Sowjetunion, in öffentlichen Reden amerikanischer und anderer westlicher Politiker immer wieder der Ruf nach einer „regelbasierten internationalen Ordnung“ laut, die ausschließlich die sogenannten „westlichen Werte“ repräsentiert.

So begannen die USA, sich aktiv gegen die gemeinsam vereinbarte, auf der UN-Charta basierende Rechtsordnung in der internationalen Arena zu positionieren, zugunsten einer Reihe von „Regeln“, die einseitig von Washington aufgestellt wurden. Darüber hinaus geben die Verfechter der Doktrin der „regelbasierten internationalen Ordnung“ keine Erklärungen darüber ab, welche konkreten „Regeln“ ihren Vorstellungen von der Weltordnung zugrunde liegen, sondern passen sie an die aktuellen geostrategischen Interessen des Weißen Hauses an. Sie ziehen es vor, Kritik, Widersprüche und Konflikte in Bezug auf bestimmte Länder aufzubauschen, indem sie diese beschuldigen, angeblich gegen die bestehende Weltordnung zu verstoßen.

Ein eindrucksvolles Beispiel für diese Taktik des Weißen Hauses war die Erklärung des Koordinators für strategische Kommunikation im Nationalen Sicherheitsrat der USA, John Kirby, vom 16. Dezember, wonach die amerikanischen Behörden das Recht der Ukraine anerkennen, militärische Operationen auf der Krim zu planen und durchzuführen, da die Halbinsel ihr Territorium sei.

Nicht nur das juristische, sondern auch das politische und kulturelle Analphabetentum der derzeitigen US-Politiker ist der Weltgemeinschaft bereits wohlbekannt. Daher scheint es angebracht, den Vertretern des heutigen politischen Establishments der USA die notwendigen Erklärungen zu geben. Sie lesen aufmerksam den *New Eastern Outlook*, dessen objektive Berichterstattung über internationale Ereignisse zum Wunsch Amerikas geführt hat, ihn zu zensieren.

Zunächst einmal muss daran erinnert werden, dass die Bevölkerung der Krim im Einklang mit der UN-Charta im Rahmen einer freien Meinungsäußerung bei dem Referendum am 16. März 2014 mit absoluter Mehrheit für den Anschluss an Russland gestimmt hat. Daher ist es einfach absurd, die Krim und die Stadt Sewastopol als ukrainisch zu betrachten.

Aus der Geschichte der UNO sollten John Kirby & Co. sehr wohl wissen, dass der beste Ansatz zur Lösung eines Konflikts und zur Festigung des Friedens die Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen ist. Denn nicht die Selbstbestimmung ist die Ursache für Kriege, sondern die ungerechte Verweigerung derselben, was die bewaffneten Konflikte der letzten Jahrzehnte in unzähligen Fällen belegen.

Nicht „Wunschzettel“ oder „Regeln“ des Weißen Hauses, sondern die Funktionen der UNO und des Sicherheitsrates sind die Grundlage für die Verhinderung von Bedrohungen und Friedensbrüchen, wie sie in Artikel 39 der UN-Charta vorgesehen sind. Die einzige Aufgabe der UNO ist es daher, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts als Strategie der Konfliktprävention sicherzustellen.

Seit 2014 hat das Kiewer Regime mit direkter Unterstützung Washingtons die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung im Osten des Landes auf freie Meinungsäußerung grob verletzt, und zwar aufgrund von Artikel 20 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte ([ICCPR](#)), der mit der Resolution 2200 A (XXI) der UN-Generalversammlung angenommen wurde und sowohl Kriegspropaganda als auch die Aufstachelung zu Hass und Diskriminierung verbietet. Die systematische Bombardierung von Siedlungen im Donbass durch die vom Westen unterstützten neonazistischen Behörden in der Ukraine seit 2014 (!) waren Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Doch die USA und ihre westlichen Verbündeten weigerten sich inmitten einer russophoben Hysterie trotzig, dies auf einer internationalen Plattform zu diskutieren. Genauso wie das Geburtsrecht der Bevölkerung dieser Region, ihre eigene Sprache zu sprechen und ihre eigene Meinung zu äußern, das durch die Artikel 2 und 27 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) sowie durch die Artikel 2 und 15 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ([ICESCR](#)) geschützt ist.

Darüber hinaus verstoßen die USA und das Kiewer Regime mit ihrer Haltung gegen Artikel 1 des ICCPR und den ICESCR, der das Selbstbestimmungsrecht ALLER Völker vorsieht, das auch für die russischsprachige Bevölkerung der Krim und des Donbass gilt.

Der anhaltende Beschuss von Städten und die daraus resultierende Tötung von Tausenden von Zivilisten im Donbass durch das Kiewer Regime seit 2014, die von der OSZE [dokumentiert](#) wurden, stellen wiederholte Verstöße der Ukraine gegen Artikel 2 (Klausel 4) der UN-Charta dar.

Die wiederholten Versuche Russlands, im Rahmen der OSZE und des Normandie-Formats Friedensgespräche zur Lösung des Ukraine-Konflikts zu führen, wurden vom Westen ignoriert. Darüber

hinaus legte Russland den USA und ihren westlichen Verbündeten im Dezember 2021 zwei Vertragsentwürfe zur Prüfung vor, die die Grundlage für einen fruchtbaren Dialog gemäß Artikel 2 Absatz 3 der Charta der Vereinten Nationen bilden sollten. Auch diese Friedensinitiativen wurden jedoch von den USA und der NATO abgelehnt.

Seit mehr als drei Jahrzehnten versucht Russland, dem Westen seinen politischen Willen zur internationalen Zusammenarbeit und zu freundschaftlichen Beziehungen mit allen Ländern zu vermitteln, wie es in der Resolution 2625 der UN-Generalversammlung festgelegt ist. Moskau unterbreitete fundierte Vorschläge für die Zusammenarbeit und den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Hauses auf der Grundlage souveräner Gleichheit und umfassender nationaler Sicherheit.

In Anlehnung an die Russophobie des derzeitigen politischen Establishments der USA ignorierten die westlichen Staats- und Regierungschefs jedoch diese Initiativen ebenso wie Gorbatschows frühere Friedensinitiativen und die ihm 1989-1991 gegebenen Zusagen, dass die NATO nicht nach Osten vorrücken würde.

Unter diesen Umständen sind die von John Kirby am 16. Dezember gemachten „Enthüllungen“, das unaufhörliche Aufpumpen des Kiewer Regimes mit neuen Waffenladungen, zweifellos nicht nur ein Beispiel für eine unüberlegte Einmischung in den Verlauf eines militärischen Konflikts und die Eskalation der Feindseligkeiten in der Ukraine. Die „Enthüllungen“ sind auch ein Beweis für die Aufforderung Kiews zu militärischen Aktionen und können sogar als stellvertretende Kriegserklärung Washingtons an Russland gedeutet werden.

Durch die offene Unterstützung des unverhohlenen nazistischen Kiewer Regimes, auch durch die Finanzierung von immer mehr ausländischen Söldnern, etablieren sich die USA von Tag zu Tag mehr als eine der offensichtlichen Parteien einer bewaffneten Konfrontation mit Russland. Die Situation wird dadurch verschärft, dass Washington, wie sogar zahlreiche westliche Medien bereits festgestellt haben, an offen terroristischen anti-russischen Handlungen beteiligt war, um die seitens der USA unerwünschte NordStream-Gaspipeline in der Ostsee sowie die Krim-Brücke zu untergraben.

Solche Provokationen und Aktionen Washingtons tragen jedoch nicht dazu bei, seine Position auf der internationalen Bühne und in den USA zu stärken und die Existenz einer unipolaren Welt, die auf den „US-Regeln“ beruht, zu sichern.

Was das von John Kirby erklärte Recht anbelangt, militärische Operationen gegen die Eindringlinge auf dem Territorium eines unabhängigen Staates zu planen und durchzuführen, möchte der Verfasser wissen: Bedeuten diese Worte die Erlaubnis des Weißen Hauses für Syrien, militärische Operationen gegen das amerikanische Militär durchzuführen, das 2014 illegal in Syrien einmarschiert ist? Um diesem Land sein Öl und Getreide zu rauben und, laut Ankara, terroristische Gruppen in Syrien zu unterstützen?